



Haushoch: Arbeiterinnen an einem Baumwoll-Lagerplatz in der Nähe der Stadt Samarkand.

IMAGO (2)

Weißer Blüten mit dunkler Vergangenheit

Jahrzehntelang wurden in Usbekistan, einem der wichtigsten Baumwollproduzenten der Welt, Hunderttausende zur Arbeit in den Feldern gezwungen. Die neue Regierung hat das System nun verboten. Und sieht sich mit anderen Problemen konfrontiert

Von Felix Lill

chen uns viel von diesem Treffen“, sagt der Arbeitsminister. „Wir wollen engere Beziehungen zu Deutschland und der EU aufbauen.“

Usbekistan, das mit 32 Millionen Einwohnern größte Land Zentralasiens, befindet sich im Aufbruch. Über Jahre war die Agrarwirtschaft durch die Abschottungspolitik, die der ab dem Zerfall der Sowjetunion 1991 regierende Diktator Islam Karimov betrieb, international isoliert. Seit aber mit dessen plötzlichem Tod im Herbst 2016 der vorige Premierminister Shavkat Mirziyoyev die Präsidentschaft

übernahm, weht ein überraschend frischer Wind durchs Land. Politische und ökonomische Reformen sind im Gange. Überall ist man derzeit guter Dinge, dass bessere Zeiten bevorstehen.

Die Ministerposten hat der neue Präsident mit jüngeren Personen besetzt, die dem Land auch dank ihrer geringeren Vorbelastung aus dem alten System neues Leben einhauchen sollen. Die Grenzen zu den Nachbarländern wurden geöffnet, die Medien sollen unabhängiger und die Wirtschaft liberalisiert werden. Und was dem Ansehen Usbekistans besonders ge-

schadet hat: Die tief verwurzelte Praxis der Zwangsarbeit soll ab jetzt Vergangenheit sein.

Es ist die wohl wichtigste Aufgabe für den erst 37-jährigen Sherzod Kudbiev. Und vielleicht die schwierigste. Kaum ein Land der Welt hat in einem seiner bedeutendsten Wirtschaftssektoren so systematisch die Menschen- und Arbeiterrechte der eigenen Bevölkerung verletzt wie Usbekistan. Für die zumeist staatlich betriebene Baumwollernte, die Usbekistan zum achtgrößten Produzenten und fünfgrößten Exporteur dieses Rohstoffs weltweit

ne hohe Produktion. Die Löhne für die Ernte haben wir mit Subventionen erhöht, damit sich genügend Freiwillige finden.“ Ökonomisch ergebe es einfach keinen Sinn mehr, Menschen zur Arbeit zu zwingen.

Dass mit der Abschaffung der Zwangsarbeit die Produktionskosten steigen, das ist den usbekischen Wirtschaftsplanern bewusst. Ihr Ansatz: Die höheren Kosten sollen mit höherer Wertschöpfung einhergehen. Es geht also nicht darum, den Export zu steigern, sondern die Wolle soll künftig im Land selbst zu Garn, Stoff und Textilien verarbeitet werden. Je nach Ministerium und Quelle soll ab 2019 oder 2020 keine Wolle mehr exportiert werden. Usbekistan will also schnellstmöglich ein wichtiger Textilproduzent werden. Und das erfordert eben Wandel.

Es gehört zu den dunklen Kapiteln von Usbekistans jüngerer Geschichte, dass diese Praxis, die moderne Menschen- und Arbeiterrechte aufs Ärgste verletzt, erst im letzten Vierteljahrhundert eine Renaissance erlebte. Nachdem das Land, das zu Zeiten der Sowjetunion ein wichtiger Agrarproduzent war, mit dem von Moskau ausgehenden Zerfall des Sozialismus ab 1991 unabhängig wurde, fehlten bald intakte Maschinen für eine breitflächige Bearbeitung der Felder. So wurden für die vom Staat gesteckten Produktionsziele wieder vermehrt menschliche Hände benötigt.

Doch während sich für die erste Ernterunde im September noch meist genügend motivierte Pflücker finden ließen, die bei Löhnen von zuletzt umgerechnet 6 Cent pro Kilo rund sechs Euro am Tag einnehmen konnten, raffte sich gegen Ende der Erntezeit, wenn die Pflanzen nur noch ein Zehntel an Blüten hergeben, auch gegen eine kleine Lohnerhöhung kaum noch jemand auf. Zu hart die täglichen Schichten, die oft von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends gehen, zu gering der Lohn. So zwangen die lokalen Behörden vor allem staatliche Institutionen wie Krankenhäuser und Universitäten unter Androhung von Kündigungen, Personal an die Ernte abzustellen.

Selbst wenn man sich im Arbeitsministerium sicher ist, dass so nun nicht mehr verfahren werde: die Belege sind nicht sonderlich überzeugend. Unter den NGOs, die seit dem Amtsantritt von Shavkat Mirziyoyev tatsächlich etwas weniger streng kontrolliert werden, beteuern vor allem solche das Ende der Zwangsarbeit, die von ehemaligen Top-Bürokraten angeführt werden. In usbekischen Medien, wenngleich diese auch etwas freier geworden sind, wird über das Thema so gut wie nicht berichtet. Das ist wiederum beachtlich, da schon der letzte ILO-Bericht nach seinen Tausenden Fragebögen und Interviews während der vergangenen Baumwollernte bloß auf einen Anteil freiwilliger Feldarbeit von 93 Prozent kam. Und ein Mitarbeiter einer ausländischen NGO, die in Taschkent ein Büro hat, erklärt bezeichnenderweise unter der Bedingung der Anonymität: „Wir wissen, dass auch 2018 wieder mit Zwangsarbeit geerntet wurde. Wir haben es selbst gesehen.“



„Es ist nicht vorbei“, sagt die usbekische Aktivistin Umida Niyazova.

FELIX LILL

Einige Tausend Kilometer entfernt von Taschkent wird das Bild noch deutlicher. An einem kalten Januarmorgen breitet Umida Niyazova in einem Café an der Warschauer Straße in Berlin-Kreuzberg Dokumente aus. „Es nicht vorbei“, sagt die usbekische Menschenrechtsaktivistin, die ihr Land nach einer kurzen Gefängnisstrafe im Jahr 2008 verließ und aus Angst vor Verfolgung nie zurückkehrte. In Berlin gründete sie das von der UN unterstützte „Usbekisch-Deutsche Forum für Menschenrechte“. Niyazova hat behördliche Papiere von 2018 im Gepäck, die – wie in den Jahren davor auch – von lokalen Betrieben Arbeiter für die Ernte forderten. Ein internes Schreiben vom 18. September mit dem Aktenzeichen „Anordnung 878“, im Metallurgiebetrieb Uzmetkombinat JSC in der Taschkenter Region, beruft sich mit folgenden Worten auf eine behördliche Weisung: „(...) um die Baumwollernte im Bezirk Bekabad zu unterstützen, ordne ich die Abstellung von 3200 Personen an.“ Weitere Papiere, die Umida Niyazova von Informanten in Usbekistan bezogen haben will, dokumentieren das gleiche Vorgehen. Solche Rhetorik erinnert Niyazova an ihre Jugend: „Mitte der neunziger Jahre wurde ich als Studentin auch zweimal ins Feld geschickt. Es war hart. Stundenlang mussten wir uns bücken, am Ende taten die Hände weh. Dann mussten wir in einer Hütte bei den Feldern schlafen, am nächsten Morgen ging wieder alles von vorne los.“ Niyazova erklärt das Phänomen damals wie heute durch eine Kombination aus Plan- und Mangelwirtschaft: „An vielen Stellen werden Produktionsziele noch immer staatlich vorgegeben, und wenn diese nicht erreicht werden können, müssen immer frische Hände her.“

Hat sich also doch nur wenig geändert in dem Land, dessen Präsident vollmundig Neuerung versprochen hat? Ähnlich wie die ausländische NGO in Taschkent oder die ILO betont Umida Niyazova: „Die Dinge haben sich verbessert, die Zahlen sind gesunken.“ Auch sei sie vorsichtig optimistisch, dass die neue Regierung weitere Verbesserungen erreichen wird. Dass sich be-

reits etwas getan hat, dafür spreche laut Niyazova auch, dass Mitarbeiter im Arbeitsministerium inzwischen wieder ihre Emails beantworten. Und als Sherzod Kudbiev im Ministerium mit den Argumenten der wenigen offenen Kritiker konfrontiert worden war, hatte dieser leicht gereizt den Kopf geschüttelt: Er wisse genau, mit wem man gesprochen habe. Beide Seiten kennen sich, man beobachtet sich.

Schon lange, so ist bei mehreren Gesprächspartnern in Usbekistan durchzu hören, ist das System Zwangsarbeit für das noch junge Land ein wunder Punkt. Viele Usbeken waren schon einmal selbst betroffen, die meisten macht es beschämt, wohl jeder weiß davon. Und auch wenn die Zwangsarbeit nahezu abgeschafft sein sollte: noch heute richtet sie nicht nur ökonomischen, sondern auch menschlichen Schaden an. Laut der usbekischen Version des internationalen Senders Radio Liberty starben während der letzten Ernte allein binnen einer Woche im Oktober drei Menschen, die zum Pflücken gezwungen worden waren. Demnach erlitten zwei ältere Herren einen Herzinfarkt, ein anderer habe sich erhängt.

„Womöglich sind die bestehenden Probleme ein blinder Punkt für das Regime“, sagte der Mitarbeiter der ausländischen NGO in Taschkent. An der völligen Abschaffung der Zwangsarbeit könne man nur effektiv arbeiten, indem man den Erfolg schon vorab verkünde. Denn das öffentliche Betonen der Missstände, so die Logik, würde zu viele weitere Baustellen offenbaren. Die stehen Usbekistan ohnehin bevor. „Wir wollen möglichst die ganze Landwirtschaft automatisieren“, sagt Arbeitsminister Sherzod Kudbiev auch im Hinblick auf die Zwangsarbeit. Ist dieser technologische Schritt erreicht, muss die nächste Hürde genommen werden: „Dann werden wir für Millionen Usbeken neue Arbeit finden müssen.“

Die Recherche für diesen Text wurde mit Mitteln der Public Affairs-Firma GPRC finanziert. Es wurde kein Einfluss auf die Berichterstattung genommen.



Sieht gemütlich aus – aber die Baumwollernte ist ein Knochenjob.